

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst

Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 27. Jänner 2021

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung
einer EntschlieÙung betreffend E-Ladestellen**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend E-Ladestellen

Die Burgenländische Klima- und Energiestrategie 2050 sieht einen Ausbau des E-Tankstellennetzes auf 250 Ladepunkte bis zum Jahr 2025 vor. Gegenüber 2019 wurden 2020 in Österreich um 72,8 % mehr E-Autos zugelassen. Es wird also Jahr für Jahr wichtiger, die zum Laden von E-Autos notwendige Infrastruktur aufzubauen und zu erweitern.

Neben den herkömmlichen Ladestellen sind Straßenleuchten eine zusätzliche Möglichkeit, den Strom zum Betanken von E-Autos zur Verfügung zu stellen. In Oberwart gibt es diese Art der Lademöglichkeit bereits in der Bahnhofstraße, hier befindet sich direkt im Steher der Lampe die Ladebuchse. Die Strommenge ist zwar sehr gering, die Vorteile für länger parkende E-Autos liegen jedoch auf der Hand. So wird langsam und schonend geladen, das Stromnetz kaum belastet und das Auto über Nacht oder tagsüber, während man in der Arbeit ist, geladen.

Wichtig bei jeder Art von Ladestelle ist, dass sie auch barrierefrei zugänglich ist. Das bedeutet, dass weder die Stecker noch das Bedienfeld zu hoch angebracht sein dürfen. Zudem sind die Ladestellen möglichst so anzubringen, dass sie nicht durch eine Barriere wie eine Gehsteigkante vom Parkplatz getrennt sind. Beides ist aktuell häufig der Fall, so dass es rollstuhlfahrenden E-Auto-Fahrer*innen kaum möglich ist, ihr Auto zu betanken. In der UN-Konvention über die Menschen mit Behinderung ist ganz klar normiert, dass für Menschen mit Behinderung Barrierefreiheit ermöglicht werden muss.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu setzen, um zu gewährleisten, dass

- Straßenleuchten, die sich in der Nähe von Parkplätzen befinden, mit Ladesteckern für E-Autos ausgerüstet sind;
- sämtliche öffentliche Ladestationen barrierefrei zugänglich sind.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.